Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags —6 Uhr.
Für die Rückgabe einzelner Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 357. Freitag den 23. December 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Nutzholz-Auction.

Donnerstag, den **5. Januar 1882** sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstrevier **Connewitz** auf dem Holzschlage in Abth. 19d:

ca. 57 Eichen-, 49 Weißbuchen-, 20 Ahorn-, 54 Eschen-, 200 Nüstern-, 25 Ellern-, 2 Apfelbaum- und 7 Kastanien-**Nutzklötze,**

sowie

ca. 3 Eichen-, 3 Ahorn- 16 Nüstern- und 230 Eschen-**Schirrhölzer**

unter den im Termin öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle nach dem Meistgebote verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage im sogen. Stempel bei Connewitz, hinter der neuen Filteranlage.

Leipzig, am 19. December 1881.

Des Raths Forst-Deputation.

Nichtamtlicher Theil.

Die römische Frage.

Der Zwist, welcher zwischen dem Reichskanzler und dem Abgeordneten Windthorst ausgebrochen ist, hat im Vatican lebhafte Bewegung hervorgerufen, und die Schärfe, mit welcher der Centrumsführer zuletzt vorgegangen, hat nicht, so wird zuverlässig aus Rom gemeldet, die Billigung der Curie gefunden. Man sieht eben im Vatican die unerbetene Durchkreuzung der eigenen Pläne nicht; und da die bekannten Papst-Artikel der Berliner „Post", welche im nationalen Lager Roms nicht geringe Aufregung hervorriefen, bei der päpstlichen Klerisei natürlich die entgegengesetzte Wirkung hatten, so hätte man es im Vatican lieber gesehen, daß Windthorst den Conflict weniger scharf, als es geschehen, zugespitzt hätte.

Auf die Unterhandlungen des Fürsten Bismarck mit der Curie hat übrigens, wie der vaticanische Correspondent der „Weser-Zeitung" meldet, der Vorfall keinen Einfluß ausgeübt. Dieselben gehen vielmehr ihren langsamen ruhigen Gang fort, so daß auch schwerlich die Meldung überraschen konnte, ein päpstlicher Cabinetscourier sei von Rom nach Berlin abgegangen. Daß in der That Etwas zwischen Berlin und dem Vatican der Weise entgegengesetzt, scheint trotz der gegentheiligen Versicherung der „Nordd. Allg. Ztg." nicht mehr im Zweifel zu stehen. Zunächst ist es sicher, daß der Papst den Gedanken, Rom zu verlassen, den man im Vatican mehrere Monate hindurch cultivirte, jetzt bestimmt aufgegeben hat und man bestrebt ist, seine Lage auf einem friedlichen Versöhnungswege durch die Vermittelung der Großmächte zu verbessern. Wie das geschehen soll, in welcher Form, das scheint man selbst im Vatican noch nicht zu wissen; und die Papst-Artikel der „Post", welche sich mit dieser heiklen Frage beschäftigen, scheinen nur eine Ermuthigung für den Pontifex zu sein, einstweilen noch als „Gefangener" im Vatican auszuharren, seine Hoffnung aber auf den Fürsten Bismarck zu setzen, der dem Papstthume, wenn es an der Zeit ist, neue Macht und neuen Glanz verleihen würde.

Die Schwierigkeit in diesen Bestrebungen (soweit überhaupt von denselben die Rede sein kann) bildet das Königreich Italien. Wenn man nämlich in Berlin in dem Wahne lebt, es sei die Aufgabe der deutschen Politik, das Schiedsrichteramtes zwischen Italien und dem Papste zu walten; wenn man ernstlich meint, Italien könnte „einen Theil der päpstlichen Forderungen annehmen", dann kennt man Italien nicht. Es giebt keine italienische Regierung, die über das Garantiegesetz hinausgehen oder sich die Einmischung des Auslandes in ihre Beziehungen zum Vatican gefallen lassen könnte. Ein Ministerium, das auch nur einen Augenblick über seine Haltung schwankte, sobald eine fremde Macht diese empfindliche Saite berührte, würde von dem Unwillen der Nation hinweggefegt. Italien zumuthen, dem Papste eine andere Stellung einzuräumen als die, welche er gegenwärtig inne hat, heißt ihm die Selbstverstümmelung anmuthen, und dagegen wird es sich wehren, so lange es eine Flinte und eine Lira besitzt.

Richtig ist, was die Berliner officiöse Presse sagt, daß das Papstthum ein unsicherer Factor sei, von dem man bei seiner Hilflosigkeit nicht weiß, in welche Strudel oder Wirbelwinde er hineingerissen werden könnte; aber das dünkt uns kein vernünftiger Grund für das Beireden, ihm einen neuen festen Halt zu verschaffen, sondern vielmehr eine triftige Ursache dafür, bei allen großen politischen Berechnungen den Papst aus dem Spiele zu lassen. Er und der König von Italien leben trotz kleiner Reibungen ganz gut neben einander in Rom, und sie werden sich auch weiter mit einander vertragen, wenn nicht von außen eine Störung kommt, wenn man nicht die Sehnsucht nach der weltlichen Herrschaft unterstützt.

An kleinen Reibungen zwischen der Majestät des Staates und der Majestät des Papstes fehlt es freilich in Rom nicht. Je mehr man aber wegen der Wiederaufrichtung der römischen Frage besorgt ist, je mehr Dummheiten macht die italienische Regierung in dieser Beziehung. Das „Diritto" namentlich hat sich durch die Ausstreuung von falschen Nachrichten über den Vatican hinsichtlich der famosen Canonisationsfeier arg bloßgestellt, weil sich nicht allein kein Wort seiner Prophezeiungen bestätigt hat, sondern weil der Papst gerade das Umgekehrte von Dem that, was die Regierung gewaltsam hatte. Zu der seit dem 12. Juli thatsächlich gewordenen Unmöglichkeit, den Vatican zu verlassen, ohne sich der Gefahr von Insulten auszusetzen, quält man den Papst noch mit einzelnen kleinen Polizeimaßregeln hinsichtlich der telegraphischen freien unbehinderten Correspondenz, welche ihm doch von dem Garantiegesetz gewährleistet ist. Wie den ausländischen Correspondenten in Rom die Telegramme von der italienischen Regierung nach Belieben confiscirt werden, so thut man Dasselbe mit dem Papste. Die Depeschen, welche in Italien an die Adresse des Papstes aufgegeben werden und dem Minister des Innern nicht gefallen, werden einfach nicht befördert. Gelegentlich der Canonisirung der neuesten Heiligen hat die italienische Regierung eine wahre Razzia an Depeschen an den Papst gehalten. Das ist einfach lächerlich, denn da die Depeschen gesetzlich geheim sind, so sieht doch dieselben Niemand außer dem Empfänger, d. h. dem Papste. Für Italien ist die Papstfrage doch wieder eine große, bedenkliche Frage durch die Ungeschicklichkeit des jetzigen Cabinets geworden und man sollte deshalb dem Vatican nicht immer neue Waffen in die Hand geben, damit er sich nicht mit Recht über Unfreiheit beklagen kann. Aber Herr Depretis hat nun einmal zu viel zu thun mit der parlamentarischen Alchymie, um sich um solche Kleinigkeiten wie das Papstthum und die Garantiegesetze ernstlich zu kümmern.

Für Deutschland aber giebt es keine römische, keine Papstfrage mehr, wenn man sie nicht künstlich aus dem Grabe heraufbeschworen hätte. Wäre heute Dr. Falk noch Cultusminister in Preußen, die Curie würde bescheidener in ihren Forderungen und die Berliner Centrumsclique nicht mehr ernst zu nehmen sein. Wie aber diese unheimliche Frage sich endgiltig lösen wird, Das müssen wir abwarten. Möge die Würde und das Ansehen des protestantischen deutschen Kaiserreiches unverletzt aus diesem Kampfe hervorgehen!

Leipzig, 23. December.

Die „Nationalliberale Correspondenz" bespricht die Stellung der Liberalen zur Kirchenpolitik der Regierung. Das Blatt schreibt: „Immer mehr drängt wieder die kirchenpolitische Frage alle anderen politischen Fragen zurück und sich selbst in den Vordergrund. In den nächsten Wochen sind allem Anscheine nach sehr entscheidende Wendungen und Entschlüsse zu erwarten.

Die Anknüpfung neuer Verhandlungen mit der Curie wird gemeldet, eine neue kirchenpolitische Vorlage für den preußischen Landtag ist in Vorbereitung, scheinbar unabhängig davon zieht das Centrum die Angelegenheit vor das Forum des Reichstags. Die Ereignisse können sich sehr rasch entwickeln und in der ganzen Lage ist die dringende Mahnung an die Liberalen enthalten, rechtzeitig und entschieden Stellung zu den kirchenpolitischen Fragen zu nehmen und sich, wo möglich, über eine gemeinsame Linie der Abwehr zu verständigen. Wir sind in dieser Hinsicht nicht ohne Sorge. Bei der Maßlosigkeit, mit der in jüngster Zeit die wirthschaftlichen Fragen in den Vordergrund geschoben worden, hat man die Bedeutung dieser kirchlichen Fragen für unser ganzes öffentliches und Culturleben vielfach übersehen. Wir haben in der Wahlbewegung oft genug auf befremdliche Reden „entschieden" liberaler Candidaten hingewiesen, worin die ganze Falk'sche Kirchengesetzgebung als verwerfliche Ausnahmegesetzgebung bezeichnet und wie ein mißbrauchbarer Plunder behandelt worden, der des längeren Aufbewahrens nicht werth sei; mehr als ein „entschiedener" Liberaler hat sich durch solche Reden und Aussprüche die Stimmen der Centrumsanhänger gewonnen und sitzt mit einem halb ultramontanen Mandat in der Volksvertretung.

Herr Windthorst wird nicht säumen, die fälligen Wechsel zu präsentiren. Niemals ist gegen diesen Standpunct von maßgebender Seite ein Protest eingelegt worden. Daß die Fortschrittspartei ein einheitliches kirchenpolitisches Programm überhaupt nicht hat, ist bekannt; sie vereinigt in sich die Anschauungen, die in den Falk'schen Kirchengesetzgebung zum Ausdruck gekommen sind, mit solchen, die jedes Eingreifen der staatlichen Gewalt und Gesetzgebung in das selbstständige Leben der freien Kirche, nicht blos in das innere Leben, sondern auch die äußeren Formen verdammen. Man braucht blos an die Spaltung über die geradezu grundlegende Frage der straflosen Vornahme geistlicher Amtshandlungen zu erinnern, eine Frage, die sich mit dem innersten Kern der sogenannten Maigesetzgebung berührt. Schon hat auch, den Conservativen und der Regierung voraneilend, einer der ersten Führer der Fortschrittspartei die Parole ausgegeben, daß man dem neuen Antrag Windthorst sehr wohl zustimmen und das Internirungsgesetz, gegen das schon bei seinem Erlaß hervorragende Mitglieder der Fortschrittspartei ihre Bedenken nicht überwinden konnten, jetzt aufheben könne.

Angesichts solcher Kundgebungen und Anzeichen ist die Besorgniß gewiß gerechtfertigt, daß die Aufstellung eines gesammtliberalen Programms in der Kirchenfrage den äußersten, vielleicht unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen werde.

Gleichwohl wollen wir die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß sich auch hier eine Verständigung herstellen läßt über die Grenzen der vielfach kundgegebenen Neigung zur Revision der Kirchengesetze einerseits, die unter allen Umständen festzuhaltenden Kernpuncte dieser Gesetzgebung andererseits. Aufhören aber muß das leichtfertige Spiel, daß man über den Werth dieser ganzen Gesetzgebung auf das Gleichgiltigste abspricht, zugleich aber über jeden von anderer Seite aufgestellten Versuch eines Friedensschlusses als über den „Gang nach Canossa" jammert. Wir hoffen bald bestimmt und klar zu hören: Dies und Jenes, als äußerlich, unwesentlich und lediglich zum Kampf bestimmt, kann jeder liberale Mann der Verständigung zum Opfer bringen, Anderes aber dürfen wir unter keinen Umständen uns wieder entreißen lassen! Daß das Letztere nach unseren Anschauungen weitaus überwiegen muß, brauchen wir nicht zu versichern."

Die „Prov.-Corresp." bringt einen Artikel, in welchem die bekannten Aeußerungen des Ministers von Puttkamer über die Stellung der Beamten zu den Wahlen aufrecht erhalten werden. Der Ton, in welchem Dies geschieht, ist indeß keineswegs so zuversichtlich, wie der des Herrn von Puttkamer war. Der Artikel schließt: „Gott sei Dank — wir haben keinen „parlamentarischen" König, wir haben unseren preußischen und deutschen König auf Grund unserer Verfassung und Geschichte. Die jetzigen Minister aber verstecken sich keineswegs hinter dem Schild des Kaisers, sie bekämpfen ihre Widersacher mit ihren eigenen blanken und scharfen Waffen; nur trennen und scheiden lassen sie sich nicht von ihrem Kaiser, so lange er selbst zu ihnen stehen will." Die Bemerkung, daß der Kaiser zu den Ministern steht, ist von sehr zweifelhaftem Geschmack.

Daß übrigens die freisinnige Rede Herrn v. Bennigsen's der officiösen Presse höchst ungelegen kommt, beweisen die Kundgebungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", welche den verehrten Mann heute gehörig herunterlanzelt. Das der Regierung gegenüber „so unabhängige Blatt" schreibt:

Besonders unerwartet war uns in den Abendverhandlungen vom 15. dermaßen die Tonart und die Richtung, mit welcher Herr v. Bennigsen in die Debatte eingriff. Wir haben in dieser Parteinahme für die Erweiterung des Wahlkampfes im Reichstage den staatsmännischen Charakter, der diesem Redner beigelegt wird, nicht wiedererkennen können. Es scheint, daß Herr v. Bennigsen der Versuchung, welche für jeden Redner in einem schädlichen Anlaß für sittliche Entrüstung liegt, nicht hat widerstehen können, wenigstens einen staatsmännischen Zweck, zu dessen Erreichung dieses Auftreten nöthig hätte erscheinen können, vermögen wir auch bei längerem Nachdenken nicht zu entdecken. . . . .

Nachdem Herr v. Bennigsen mit Recht das Uebermaß von Gehässigkeit und Leidenschaftlichkeit gerügt hat, welches bei den Wahlen zu Tage getreten ist, und nachdem er ein beträchtliches Gewicht von Entrüstung über diese Erscheinungen durch seine Worte angehäuft hat, wendet er sich plötzlich gegen die Regierung, um dieser die ganze Last der Verantwortung für das Geschehene aufzubürden. Die Parteien wären seiner Meinung nach nie in so starke Erbitterung verfallen, wenn die Regierungsblätter nicht „in bekannter Weise" in den Kampf eingegriffen hätten. Schließlich wird auf diese Weise die Schuld an der ganzen Maßlosigkeit leidenschaftlicher Parteikämpfe lediglich dem Minister v. Puttkamer persönlich in die Schuhe geschoben. Die Rede nimmt damit mehr den dem Herrn v. Bennigsen sonst fernliegenden Charakter persönlicher Polemik gegen den Minister des Innern an; für uns aber stellt Herr v. Bennigsen durch diese Rede zu unserem Bedauern das Prognostikon, daß er für seine politische Zukunft die Beziehungen zu Allem, was heute conservativ oder gouvernemental heißt, abschneiden und über Bord würfe, er keine Anlehnung in Zukunft also nur noch nach links hin suchen will. Er wird da unter Umständen recht weit nach links greifen müssen, wenn er ausschließlich in dieser Richtung an der Bildung einer zukünftigen Reichstagsmajorität arbeitet und er wird dann die Führung einer so weit links greifenden Parteibildung um so weniger in der Hand behalten können, als ihm dieses schon den Secessionisten gegenüber nicht mehr gelingen wollte, die ihrerseits Herrn v. Bennigsen immer noch näher stehen als die Fortschrittspartei.

Ueber den principiell bedeutsamsten Theil der Bennigsen'schen Rede, „über die heftigen Angriffe, welche er am Schluß derselben gegen Herrn v. Puttkamer wegen dessen Auffassung des Verhältnisses der Regierungen zu ihren Beamten und speciell der preußischen Regierung zu Seiner Majestät dem Kaiser und Könige" gerichtet haben soll, behält sich das „so unabhängige" Blatt eine gesonderte Besprechung vor.

Gestern hielt der Bundesrath seine letzte Plenarsitzung vor Neujahr. Außer einzelnen Mittheilungen vom Präsidenten des Reichstags über Beschlüsse des Hauses in der vorigen Woche wird die Wahl der Mitglieder der Commissionen in Betreff des Reichstagsgebäudes wohl den Hauptgegenstand der Tagesordnung gebildet haben. Hiermit ist das dem Bundesrath vorgelegte Material in solcher Ausdehnung erledigt, daß für die Berathungen nach Neujahr Nichts von Bedeutung mehr vorhanden ist; auch zeigt sich zunächst kein neuer Stoff: die socialpolitischen Gesetze sind noch in weiter Ferne, die Frage wegen der Einverleibung Bremens in den Zollverein dürfte auch noch nicht so bald an den Bundesrath kommen, ebenso wird an die Vorbereitungen zur Einverleibung Hamburgs, bez. an die Wahl der betreffenden Commissionen nicht eher gegangen, als bis die Hamburger Vorlage vom Reichstag angenommen ist. Unter den Mitgliedern des Bundesraths giebt sich sichtbare Zufriedenheit über dieses Verhältniß oder vielmehr diese Aussicht zu erkennen; die letzten Wochen waren durch den starken Zufluß wichtigen Materials, das meist dringlicher Natur war, ziemlich anstrengend und einige Zeit Ruhe würde freudig begrüßt, zumal die meisten Mitglieder des Bundesraths diesen Dienst nur nebenamtlich leisten. — Ueber das Ergebniß der Reichstagssession wird auch innerhalb des Bundesraths viel gesprochen. Man ist höchlich erstaunt, daß der Etat nicht einmal in zweiter Lesung erledigt ist, während noch vor acht Tagen schon das Ende der dritten Berathung mit scheinbarer Bestimmtheit vorausgesehen wurde. Was die Dauer der Session nach Weihnachten anlangt, so schätzt man sie auf höchstens 14 Tage.

Der Audienz des Fürsten Bismarck beim Kaiser am Sonnabend und dem darauf folgenden Besuche des Kronprinzen beim Reichskanzler wird große Aufmerksamkeit zugewandt. Ueber den Gegenstand dieser Unterredungen cursiren verschiedene Gerüchte; zumeist nimmt man an, daß es sich hierbei um kirchenpolitische Fragen gehandelt habe. Bei dieser Gelegenheit tauchen von neuem Gerüchte über das in letzter Zeit öfters berührte Thema auf, daß dem Kronprinzen eine Art Theilnahme an der Regierung eingeräumt sei. Alle derartigen Hinweise, in welcher verlautbarten Form sie auch auftreten mögen, sind jedoch irrthümlich. Es ist ein alter preußischer Brauch, daß die Thronfolger, namentlich wenn sie schon ein reiferes Alter erlangt haben, zu den Berathungen über wichtige Staatsangelegenheiten zugezogen werden. So sind einzelne Fälle bekannt, in welchen Friedrich Wilhelm IV. als Kronprinz über seine Ansichten befragt wurde. Eben so sind in den letzten Jahren verschiedene Gutachten des Kaisers, die er als Prinz von Preußen über einzelne staatsrechtliche Fragen auf Ersuchen des Königs abgegeben, von der Presse veröffentlicht worden. In ganz demselben Verhältnisse wird gegenwärtig der Kronprinz mit den laufenden Gegenständen bekannt gemacht und zu Rathe gezogen. Von einer Mitregierung kann hier aber ebenso wenig die Rede sein, wie in den früheren Fällen.

Bei der Abreise des Grafen St. Vallier von Berlin scheint es als eine Pflicht, nochmals den Verdiensten, die er während seines vierjährigen Aufenthaltes in Deutschland als Botschafter Frankreichs um die Verständigung beider Nationen erworben hat, gerecht zu werden. In der That hat Graf St. Vallier nicht nur seine schwierige Aufgabe zu lösen verstanden, sondern auch gleichzeitig sich die persönlichen Sympathien des Kaisers, sowie des Fürsten Bismarck zu erwerben gewußt. Aber auch Alle, die ihm näher getreten, bedauern sein Scheiden aufrichtig, denn er gehörte, ganz abgesehen von seiner Position als Botschafter, zu den liebenswürdigsten Persönlichkeiten der Berliner Gesellschaft. S. M. der Kaiser hat dem Scheidenden seine Marmorbüste als Geschenk überreicht.

Ueber die vor einigen Tagen in Berlin stattgehabte Zusammenkunft polnischer Abgeordneten des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses werden in polnischen Blättern einige Andeutungen gemacht, aus denen die neuerdings wieder sehr gewachsenen Ansprüche der Polen klar hervorgehen. Nationale Sonderstellung und Widerruf der in neuerer Zeit erlassenen für das Polenthum ungünstigen Maßregeln werden offen und entschieden verlangt. Erst dann könne man vielleicht der Regierung „in ihrer Bedrängniß" hilfend zur Seite stehen. Die Polen haben es im Reichstag bei den letzten Wahlen in Folge des Haders der Deutschen von 14 auf 18 Sitze gebracht; sie sind für die conservativ-clericale Mehrheit unentbehrlich. Man kann es ihnen kaum verdenken, wenn sie anspruchsvoller als je werden. Ein trauriges Zeichen der Zeit aber ist dies neue und stärkere Aufleben der polnischen Ansprüche.

Die Mittheilung, daß der vor einigen Wochen aus Gesundheitsrücksichten nach Italien auf Urlaub gegangene Unterstaatssecretair Dr. Busch in der That eine politische Mission erfüllt hat, ist voraussichtlich die Vorläuferin von Enthüllungen über die Ergebnisse dieser diplomatischen Bemühungen. Herr Dr. Busch sieht, wie die „Nat.-Ztg." meldet, als einer der leitenden Beamten in unserem Auswärtigen Amte in hervorragenderer Weise im Mittelpunct der europäischen Politik, als Dies bezüglich des Herrn von Schlözer der Fall war. Die Sendung des Herrn Dr. Busch ist geeignet, die Annahme zu verstärken, daß die internationale Stellung des Papstthums, welches ja auch die anderen Großmächte angeht, diesmal den Mittelpunct der Verhandlungen bildete. Die Sendung des Herrn Dr. Busch, die Mittheilungen über eine Anfrage des Papstes oder ein Angebot der preußischen Regierung wegen Verlegung des Sitzes des Papstes nach Fulda, das Schweigen des Reichskanzlers darüber gegenüber einer bezüglichen Andeutung des Herrn Virchow, die Ankündigung einer politischen Rede des Papstes und das zu allgemeiner Ueberraschung erfolgende Ausbleiben einer solchen Rede trotz des großen aufgebotenen Apparates, die lärmenden Trompetenstöße, mit denen die „Post" den Papst zum Conflict mit Italien ermunterte, und die Klagen desselben Organes über die Entschlußlosigkeit des Papstes — zuletzt der Windthorst'sche Antrag — Alles das zusammen giebt eine Menge von Material, das man sich wie die Steinchen in einem Geduldspiel beliebig zusammenlegen kann. In drei Wochen tritt der preußische Landtag zusammen; dann werden die Karten auf den Tisch gelegt werden müssen; über die Papstfrage aber im Allgemeinen verweisen wir auf den Leitartikel.

In einem Briefe des früheren rumänischen Gesandten in Paris Callimaki-Catargi, datirt Paris, den 20. d., welcher in den französischen Journalen veröffentlicht ist, sagt derselbe: „Um meine jüngst erfolgte Abberufung von dem Gesandtenposten in Paris zu rechtfertigen, hat die Regierung Joan Bratiano's mich beschuldigt, durch schwere Vernachlässigungen in der Erfüllung meiner Mission in England die Interessen Rumäniens in der Donaufrage geschädigt zu haben. Meine Ehre war angegriffen. Ich mußte antworten, indem ich die damals zwischen Bratiano und mir gewechselte Correspondenz veröffentlichte, welche unsere beiderseitigen Ansichten über das in dieser Frage zu beobachtende Verhalten darlegte. Dieselbe verräth in keiner Weise das Vertrauen irgend welcher Regierung, deckt kein Staatsgeheimniß auf, constatirt vielmehr blos, daß ich meine Pflicht gethan habe."

Der nordamerikanische Congreß hat sich heute vertagt. Präsident Arthur hat mit der telegraphisch gemeldeten Ernennung Howe's zum Leiter des Postwesens der Union die Bildung seines Cabinets beendigt. Die Wahl der Cabinetsmitglieder liefert den Beweis, daß der Präsident entschlossen ist, sich auf die Partei der Stalwarts zu stützen und mit den Gegnern des Präsidenten Garfield zu regieren. Mit wenigen Ausnahmen liegt die ausübende Gewalt in den Händen der Leute, welche schon unter Grant den Verwaltungsdienst versahen. Allerdings darf man nicht übersehen, daß die Lage seit dem Rücktritte Grant's wesentliche Veränderungen erfahren hat.

Für Rumänien.*)

Die Berichte über das grauenvolle Wiener Unglück hatten nicht allein in Oesterreich-Ungarn, sondern in ganz Europa der Erörterung wichtiger politischer Fragen den Rang abgelaufen, die jetzt erst allmälig wieder in den Vordergrund treten. So ist es denn auch mit der Erörterung des Verwürfnisses zwischen Rumänien und Oesterreich-Ungarn bestellt. Man weiß, Rumänien will das Ueberwachungsrecht des Donauverkehrs auf seinem von der Donau bestrichenen Gebiete nicht Oesterreich-Ungarn überlassen, das seinerseits bei der bisher gepflegten und noch andauernden Rolle des ersten Donaustaates darauf Anspruch macht. Bis zum „Eisernen Thor" ist Oesterreich-Ungarn unbestritten Herr des gesammten Donauverkehrs von Passau abwärts, dann aber, bis Galatz, treten Serbien, Bulgarien und vor Allen Rumänien als die Herren desselben auf. Ihre Stellung ist im Berliner Vertrage anerkannt worden und erst nachträglich hat Oesterreich-Ungarn scharf betont, daß sein Interesse die Theilnahme und den Vorsitz an und in der von den drei kleineren Staaten gebildeten oder noch zu bildenden Donauverkehrs-Commission erheische. Daß ein gewisses Uebelwollen Oesterreich-Ungarns in diesem Auftreten dem jungen Königreiche Rumänien gegenüber zum Durchbruch kommt, kann eben so wenig geleugnet werden, als daß sich wieder einmal die österreichisch-ungarische Politik hierbei wenig umsichtig erweist. Rumänien an sich zu ketten, gehört zu den Aufgaben einer gesunden österreichisch-ungarisch-orientalischen Politik, mag sie nun deutschen oder magyarischen Anstriches sein; denn gelingt es nicht vor einem neu entstehenden orientalischen Kriege Rumäniens Neutralität, wie etwa die Belgiens, zu proclamiren und zu sichern, so ist dasselbe genöthigt, dem Triebe der Selbsterhaltung folgend, sich nach eigenartigen Stützen seiner Existenz umzusehen, die es am Ende einem ihm feindlich gesinnten Oesterreich-Ungarn gegenüber in dessen eigener Bevölkerung zu suchen gezwungen sein würde.

Es ist eine durchaus verfehlte Auffassung der politischen und wirthschaftlichen Sachlage in den unteren Donaugegenden, wenn deutsche Zeitungen die Größe und Bedeutung Oesterreich-Ungarns auf Kosten Rumäniens hervorheben. Es sind das zumeist dieselben Blätter, welche dem Kaiserstaat einen Dienst zu erweisen glauben, wenn sie denselben ermuthigen, nächst Bosnien und der Herzegowina nach der Erwerbung anderer türkischer Gebietstheile zu trachten und ein mächtiges großes Slavenreich zu begründen. Als ob sich ein solches Ereigniß ohne die vollständige Zertrümmerung der Türkei und ebenein des deutsch-österreichischen und magyarischen Staatswesens vollziehen könnte! Eine verständige deutsche Politik erfordert die Erhaltung Oesterreich-Ungarns in seinen jetzigen Grenzen, die Erhaltung der bereits gebildeten kleinen slavischen Staaten Serbien, Bulgarien, Montenegro und eines vielleicht noch zu bildenden Albanien, vor allen Dingen aber die Erhaltung und Erweite-

*) Obwohl wir mit den Anschauungen des Herrn Verfassers über die rumänische Politik in der Donaufrage keineswegs übereinstimmen, so glauben wir doch mit dem Abdrucke des Artikels nicht zurückhalten zu sollen, da manche Ausführungen desselben über die Bedeutung Rumäniens nicht ohne Interesse sind. D. Redaction.